

## **Niederschrift**

---

**HAUPT/IX/025**

**Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich**

**Donnerstag, 12.09.2019, 18:00 Uhr**

**Ratssaal, Don-Bosco-Str. 6, 41352 Korschenbroich**

### **Tagesordnung**

#### **I. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

#### **II. Öffentlicher Teil**

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin
2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
3. Umstellung von L-Gas auf H-Gas im Netzgebiet der NEW Netz GmbH  
Vortrag durch die NEW Netz GmbH
4. Bürgeranregung nach § 24 GO NRW
5. Zentralisierung der Verwaltung  
Vorlage: IX/395/3
6. Vorlage des Controllingberichtes der Stadt Korschenbroich zum 30.06.2019 im Rahmen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen  
Vorlage: IX/1185
7. Folgebeschluss Eigenkapitalrendite SAB  
Vorlage: IX/1190
8. Neufassung der Wettbürosteuersatzung  
Vorlage: IX/1205
9. Mitteilungen
10. Anfragen von Ausschussmitgliedern

#### **III. Nichtöffentlicher Teil**

1. Stundungen, Niederschlagung, Erlass von Geldforderungen

2. Mitteilungen
3. Anfragen von Ausschussmitgliedern

## Anwesenheitsliste

### **Vorsitzende/-r**

Venten, Marc	Bürgermeister
--------------	---------------

### **CDU-Ratsfraktion**

Berger, Peter	Ausschussmitglied; 2. stellv. Ausschussvorsitzender
Brieske, Reinhard	Ausschussmitglied
Fonk, Petra	stellv. Ausschussmitglied
Holzenleuchter, Peter	Ausschussmitglied
Kauerz, Wolfgang	Ausschussmitglied
Krappa, Gerd	Ausschussmitglied
Lieser, Wolfgang	Ausschussmitglied

### **SPD-Ratsfraktion**

Fels, Peter-Josef	Ausschussmitglied
Jahny, Paul	Ausschussmitglied
Stevens, Monika	stellv. Ausschussmitglied

### **Ratsfraktion Die Aktive**

Endell, Hanns-Lothar	Ausschussmitglied
Goebel, Jutta	Ausschussmitglied

### **Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Andretzky, Jochen	Ausschussmitglied
Houben, Wolfgang	Ausschussmitglied

### **FDP-Ratsfraktion**

Wolf-Kluthausen, Hanne	Ausschussmitglied
------------------------	-------------------

### **Ratsfraktion ULLi/Zentrum**

Makowiack, Bernd	Mitglied mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 GO NRW
------------------	--

### **Verwaltung**

Drohen, Markus	Leiter Amt 10 (Organisation und Personal)
Dückers, Thomas	Beigeordneter Stadtkämmerer
Frensch, Alexander	Leiter Amt 20 (Finanzen und Steuern)
Kreuels, Carolin	Schriftführerin

### **Gast**

Dr. Clemens, Wolfgang	NEW Netz GmbH
-----------------------	---------------

## **Niederschrift**

Der Ausschussvorsitzende Marc Venten eröffnet die 25. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Korschenbroich und stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Weiter stellt er fest, dass der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beschlussfähig ist.

Einwendungen werden nicht erhoben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung schlägt Bürgermeister Marc Venten auf Vorschlag der Verwaltung vor, den Tagesordnungspunkt III./1. Versetzung eines Beamten in den Ruhestand abzusetzen.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) merkt an, dass die Möglichkeit der Altersteilzeit Beamten vorbehalten sei und es sich um eine „kann-Bestimmung“ handle. Daher werde die SPD-Fraktion der Altersteilzeit nie zustimmen. Die Umsetzung könne nicht kostenneutral erfolgen. Er bittet darum, entsprechende Anträge zukünftig zeitnah anstatt zehn Jahre im Voraus zu stellen.

Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beschließt einstimmig den folgenden Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abzusetzen:

### III. Nichtöffentlicher Teil

1. Versetzung eines Beamten in den Ruhestand  
Vorlage IX/1207

Die Nummerierung der ursprünglichen Tagesordnungspunkte verschiebt sich entsprechend.

## **I. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

## **II. Öffentlicher Teil**

### **1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin**

Zur Fertigung dieser Niederschrift wird die Stadtinspektorin Carolin Kreuels einstimmig bestellt.

### **2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift**

Als Mitglied zur Mitunterzeichnung dieser Niederschrift wird das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) einstimmig bei einer Stimmenthaltung benannt.

### **3. Umstellung von L-Gas auf H-Gas im Netzgebiet der NEW Netz GmbH Vortrag durch die NEW Netz GmbH**

Bürgermeister Marc Venten begrüßt Dr. Wolfgang Clemes von der NEW Netz GmbH, wofür dieser sich bedankt und als Gesamtprojektleiter vorstellt. Anschließend hält Dr. Wolfgang Clemens

eine Präsentation zur Umstellung von L-Gas auf H-Gas, welche dieser Niederschrift als Anlage 1 beigelegt ist.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Lieser (CDU) vergewissert sich vor dem Hintergrund, dass es sich um ein Treibhausgas handelt, dass H-Gas einen höheren Methangehalt hat als L-Gas.

Dies bestätigt Dr. Wolfgang Clemens (NEW Netz GmbH) und erläutert gleichzeitig, dass mit H-Gas einen höheren Brennwert habe.

Auf Nachfrage des Ausschussmitglieds Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) teilt Dr. Wolfgang Clemens (NEW Netz GmbH) mit, dass Installateure und Schornsteinfeger durch eine Informationsveranstaltung im Mai 2020 über die Umstellung informiert würden.

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) fragt, ob es eine Liste der H-Gas-kompatiblen Geräte gebe, was Dr. Wolfgang Clemens (NEW Netz GmbH) bejaht. Diese sei allerdings nur den Netzbetreibern zugänglich und ständigen Veränderungen unterlegen. Verbraucher erhielten nach der Erhebung eine Rückmeldung, wenn ihr Gerät nicht anpassbar sei.

Auf Nachfrage sichert Dr. Wolfgang Clemens (NEW Netz GmbH) zu, eine Rückmeldung dazu zu geben, ob möglicherweise Ortsteile in Korschenbroich nicht von der Umstellung betroffen sind. Auch sichert er zu, die Antwort auf die Frage des Ausschussmitglieds Peter Berger (CDU), ob in Glehn und Liedberg ein anderes Unternehmen das Netz betreibe, nachzureichen.

*(Anmerkung der Verwaltung: Dr. Wolfgang Clemens (NEW Netz GmbH) teilte mit, dass Steinhäusen, Liedberg, Glehn, Epsendorf, Lüttenglehn und Steinforth schon heute mit H-Gas versorgt werden und es im Stadtgebiet Korschenbroich nur einen Netzbetreiber, die NEW Netz GmbH, gibt.)*

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) bezieht sich auf die sukzessive Umstellung und erkundigt sich nach einer Übergangszeit, woraufhin Dr. Wolfgang Clemens (NEW Netz GmbH) erläutert, dass spätestens sechs Wochen nach dem Schaltertermin alle Verbraucher umgestellt seien.

Auf Nachfrage des Ausschussmitglieds Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) erklärt, dass zunächst das noch in den Leitungen vorhandene L-Gas aufgebraucht werde. Die Gaszufuhr werde nicht unterbrochen. Neue Geräte funktionierten auch zeitweise mit dem alten Gas.

Auf Nachfrage des Ausschussmitglieds Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) teilt Dr. Wolfgang Clemens (NEW Netz GmbH) mit, dass für die Umstellung eine Pipeline notwendig sei. Es handele sich um die Pipeline der Firma Zeelink. Der Ausbau befinde sich im Zeitplan.

Bürgermeister Marc Venten erläutert, dass in Korschenbroich die Leitung für Grevenbroich verlegt werde. Die Versorgung für Korschenbroich erfolge über Mönchengladbach.

Dr. Wolfgang Clemens (NEW Netz GmbH) bestätigt die Ausführungen des Bürgermeisters Marc Venten und ergänzt, dass die Versorgung von Korschenbroich später auch über die Pipeline von Zeelink erfolgen solle.

Das Ausschussmitglied Petra Fonk (CDU) erkundigt sich, ob H-Gas genauso effizient sei, wie L-Gas.

Dr. Wolfgang Clemens (NEW Netz GmbH) erklärt, dass H-Gas effizienter sei, da es einen höheren Methangehalt aufweise.

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) äußert seine Bedenken künftig Fracking-Gas aus den USA in Korschenbroich zu haben.

Hierzu erläutert Dr. Wolfgang Clemens (NEW Netz GmbH), dass man mit der Umstellung auf H-Gas bezüglich des Ortes flexibler in der Beschaffung sei. Für H-Gas gebe es weltweit viele Quellen. Die Beschaffung obliege den Fernleitungsnetzbetreibern.

Da keine weiteren Fragen seitens der Ausschussmitglieder gestellt werden bedankt sich Dr. Wolfgang Clemens (NEW Netz GmbH) für die Aufmerksamkeit.

Bürgermeister Marc Venten dankt Dr. Wolfgang Clemens (NEW Netz GmbH) für die die Bereitschaft den Umstellungsprozess im Hauptausschuss vorzustellen.

#### **4. Bürgeranregung nach § 24 GO NRW**

Bürgermeister Marc Venten schlägt die Verweisung des Tagesordnungspunktes in den Ausschuss für Umwelt, Grundwasser, Energie und Klimaschutz vor.

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) merkt an, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Ziele des Antrages unterstütze. Einer Vertagung in den Ausschuss für Umwelt, Grundwasser, Energie und Klimaschutz werde die Fraktion zustimmen.

#### Beschluss-Nr. IX/1229

Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beschließt, den vorliegenden Bürgerantrag gem. § 24 GO NRW in den Ausschuss für Umwelt, Grundwasser, Energie und Klimaschutz zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:        18 Stimmen dafür  
   0 Stimmen dagegen  
   0 Stimmenthaltungen

#### **5. Zentralisierung der Verwaltung**

Bürgermeister Marc Venten verweist auf die Vorberatungen. Zudem verweist er auf die Sitzungsvorlage und erläutert diese. Zudem ergänzt er, dass das Arbeiten über eine Cloud grundsätzlich möglich wäre, hier aber das Problem bestehe, dass nie die echten Daten sondern nur eine Kopie bearbeitet werde. Dies führe zu Mehraufwand. Darüber hinaus seien manche Verfahren nicht über eine Cloud zugänglich. Weiterhin erläutert er, dass es noch keine konkrete Planung, aber eine Machbarkeitsstudie gebe. Die freizugebenden Mittel sollen für die Planung eingesetzt werden.

Auf der Sebastianusstraße sei geplant, nur in der vorhandenen Kubatur zu bauen. Die Verwaltung habe hier die kleinste denkbare Lösung vorgeschlagen. Im Rathaus Don-Bosco-Straße sei geplant, Büroräume in das Foyer zu bauen und einen Besprechungsraum aufzugeben, um weitere Büroräume zu schaffen.

Dadurch, dass es zunehmend Teilzeitkräfte gebe, steige der Bedarf von Arbeitsplätzen.

Das Ausschussmitglied Paul Jahny (SPD) dankt den Ausführungen und befindet die Sitzungunterlagen für schlüssig. Daher werde die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen. Er bittet darum, den Beschluss möglichst zügig umzusetzen.

Das Ausschussmitglied Peter Berger schließt sich den Ausführungen seines Vorredners an und erklärt, dass auch die CDU-Fraktion zustimmen werde.

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) dankt der Verwaltung für die, im Vergleich zur Ratsvorlage, wesentlich besser ausgearbeitete Vorlage. Er gibt zu bedenken, dass es nicht nur um 130.000 € für die Planung gehe. Er gehe am Ende von Kosten in Höhe von 600.000 € und 1 Mio. € aus. Er erkundigt sich, die die Planung für das Gymnasium bezüglich der Umstellung auf G9 aussehe und warum für jedes Amt ein Arbeitsplatz als Reserve eingeplant sei. Er schließt mit der Aussage, dass man das Geld nicht habe.

Bürgermeister Marc Venten erläutert, dass er zur Umstellung auf G9 keinen Zusammenhang sehe. Im Rathaus Don-Bosco-Straße würden keine Klassenräume entstehen. Der Bedarf für Klassenräume ergebe sich erst im Schuljahr 2025/2026. Zudem greife hier das Konnexitätsprinzip, sodass das Land Nordrhein-Westfalen die Baukosten trage.

Weiter erklärt er, dass es sich um Investitionen handele, die keinen Aufwand verursachten. Im laufenden Haushaltsjahr werde der Haushalt nicht belastet. Zudem fragt er nach der Alternative. Der Raum werde dringend benötigt. Es müsse gehandelt werden, da die Anmietung eines Bürocontainers sonst unumgänglich sei.

Der Leiter des Amtes für Organisation und Personal Markus Drohen ergänzt, dass in jedem Amt ein Platz in Reserve für Auszubildende eingeplant sei. Faktisch sei die Reserve jedoch bereits vor der Beschlussfassung verbraucht. Es sei jetzt schon eine Überbelegung zu verzeichnen, sodass nur das, was jetzt schon zu viel da sei, gedeckt werde. Man wickle den Prozess planerisch sozusagen rückwärts ab.

Das Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) merkt an, dass Bürgermeister Marc Venten der Heimarbeit nicht positiv gesonnen sei. Er erkundigt sich nach dem Kostenfaktor für eine Cloud sowie der Möglichkeit von Teilzeit-Heimarbeitsplätzen. Zudem sei er der Meinung, dass zwei Leute, die in Teilzeit arbeiteten, nur zwei bzw. drei Tage in der Woche kommen und sich so einen Arbeitsplatz teilen könnten.

Bürgermeister Marc Venten verweist auf seine Erläuterungen zur mobilen Arbeit. Der Großteil arbeite jeden Tag mit Fachprogrammen. Theoretisch sei das Teilen eines Arbeitsplatzes möglich. Oft seien es aber Mütter, die in Teilzeitmodellen arbeiteten, um nachmittags ihre Kinder zu betreuen. Das Teilen von Arbeitsplätzen von Teilzeitkräften sei daher nicht umsetzbar.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) gibt zu bedenken, dass die Zukunft betrachtet werden müsse. Man stehe als Arbeitgeber im Wettbewerb. Ohne eigenen Arbeitsplatz und verschiedener Arbeitszeitmodelle sei es schwierig neues Personal zu gewinnen. Bezüglich der 15 Reserve-Plätze führt er aus, dass es einen hohen Anteil an Nachwuchskräften gebe. Diese fühlten sich wohler, wenn sie einen eigenen Arbeitsplatz haben. Die Stadt als Arbeitgeber müsse stärker positiv besetzt werden. Die Abschreibung erfolge über 25 Jahre bei 0 %. Jetzt könne man preisgünstig neue Arbeitsplätze schaffen.

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) schließt sich den Ausführungen des Ausschussmitglieds Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) an. Es fehle die Aufführung der Folgekosten, da mit der Planung auch die Umsetzung angestrebt werde. Für die Umsetzung gehe er von Kosten in Höhe von 1 Mio. € aus. Zudem sei die Höhe des Bedarfes nicht nachvollziehbar. Er habe Zweifel an der Höhe des Bedarfes. Dennoch werde die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „mit Bauchschmerzen“ zustimmen. Sollte zu viel Raum geschaffen werden, bittet er darum, nicht benötigte Gebäudeteile bspw. an den Rhein-Kreis Neuss zu vermieten.

Weiter merkt er an, dass das Verwehren von mobilem Arbeiten und die Steigerung der Attraktivität der Stadt als Arbeitgeberin nicht zusammenpasse, woraufhin Bürgermeister Marc Venten entgegnet, dass auch mobiles Arbeiten einen Präsenzarbeitsplatz nicht ersetze.

Der Leiter des Amtes für Organisation und Personal Markus Drohen ergänzt, dass im Jahr 2016 bereits zwei Varianten vorgestellt worden seien. Jetzt werde eine „abgespeckte“ Variante der kleinen Lösung seitens der Verwaltung vorgeschlagen. Die Kostensteigerung seit 2016 sei bei der Berechnung berücksichtigt. Bezüglich der Zweifel an der Höhe des Bedarfes führt er aus, dass man sich an der Übersicht der zuletzt hinzugekommenen Stellen orientiert habe. Zudem bedeute eine Teilzeitstelle einen Arbeitsplatz, da ein Teilen von Arbeitsplätzen in der Regel nicht möglich sei. Weiter weist er darauf hin, dass mit dem Beschluss nur die Mittel für die Planung freigegeben würden. Darüber hinaus würde er gerne Homeoffice ermöglichen, technisch sei dies derzeit jedoch noch nicht möglich. Hierfür müsse zunächst ein Dokumentenmanagementsystem eingeführt werden, da derzeit noch mit Papierakten gearbeitet würde. Man müsse daher die Digitalisierung fördern.

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) bezieht sich auf die Ausführungen des Ausschussmitglieds Albert Richter (SPD), dass die Attraktivität als Arbeitgeber gesteigert werden müsse und argumentiert, dass daher Telearbeit breitflächig eingesetzt werden müsse.

Das Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen (FDP) erläutert, dass kein „Stückwerk“ gewollt sei. Die FDP-Fraktion sehe den Bedarf und auch die Weiterentwicklung und werde dem Beschlussvorschlag daher zustimmen.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) resümiert, dass die meisten Probleme bezüglich der Ermöglichung von mobilem Arbeiten darin lägen, dass die Anwendungen nicht auf Servern der ITK Rheinland lägen und fragt, ob man diese Anwendungen abgeben könne, oder ob dies zu teuer sei.

Daraufhin erklärt Bürgermeister Marc Venten, dass der Umbau günstiger sei, als die Anwendungen an die ITK Rheinland abzugeben. Hierzu könne man sich die IT-Kosten der Stadt Kaarst anschauen.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) folgert daraus, dass mobiles Arbeiten in der Konsequenz nicht möglich sei, was Bürgermeister Marc Venten verneint. Lediglich ein ausschließliches mobiles Arbeiten sei nicht möglich.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) merkt an, dass nicht jeder jede Anwendung nutze. Es müsse bei jedem Arbeitsplatz geprüft werden, ob mobiles Arbeiten hinsichtlich der Aufgaben überhaupt möglich sei.

Der Leiter des Amtes für Organisation und Personal Markus Drohen erläutert, dass mobiles Arbeiten derzeit vereinzelt über VPN getestet werde. Mittelfristig müsse es machbar sein.

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) erläutert, dass mobiles Arbeiten nur über VPN möglich sei und zieht daher die Konsequenz, dass eine Lösung bereits vorhanden sei.

Bürgermeister Marc Venten erklärt, dass eine Umsetzung vom konkreten Arbeitsplatz abhängig sei.

Das Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) fasst zusammen, dass „alle irgendwie dafür“ seien. Er ergänzt, dass das langfristige Ziel das Teilen von Arbeitsplätzen sein müsse.

Bürgermeister Marc Venten macht abschließend nachdrücklich deutlich, dass zusätzliche Arbeitsplätze benötigt würden. Es handele sich um ein akutes Problem, das jetzt gelöst werden müsse.



Beschluss-Nr. IX/395/3

Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich bei Gegenstimmen der Fraktion Die Aktive sowie Stimmenthaltung der Fraktion ULLi/Zentrum, die Sperre der im Haushalt 2019 eingestellten Mittel zur Durchführung der Planung und Erstellung einer Raumkonzeption für den Umbau des Rathauses Sebastianusstraße 1 aufzuheben.

Abstimmungsergebnis:      15 Stimmen dafür  
   2 Stimmen dagegen  
   1 Stimmenthaltung

**6. Vorlage des Controllingberichtes der Stadt Korschenbroich zum 30.06.2019 im Rahmen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen**

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) bezieht sich auf das Fazit des Controllingberichtes, wonach die Lage eher schlechter werde und es große Risiken gebe. Er fragt, ob bezüglich der Eckwerte 2020 Zahlen vorlägen.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers führt aus, dass die Maßnahmen nicht bepreist seien und er dies auch nicht als Aufgabe mitgenommen habe. Die Eckwerte seien vom Hauptausschuss nur zur Kenntnis genommen worden.

Bürgermeister Marc Venten ergänzt, dass entsprechende Zahlen im Rahmen der Haushaltsberatungen vorgestellt würden.

Beschluss-Nr. IX/1185

Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich nimmt den Controllingbericht der Verwaltung zum 30.06.2019 zur Kenntnis.

**7. Folgebeschluss Eigenkapitalrendite SAB**

Bürgermeister Marc Venten erläutert kurz die Sitzungsvorlage.

Beschluss-Nr. IX/1190

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich, die im Jahr 2014 beschlossene Erhöhung der Eigenkapitalrendite aus dem Vermögen des Städtischen Abwasserbetriebes (Maßnahme 8 aus der 7. Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes) für die Jahre 2020 und 2021 fortzuführen.

Abstimmungsergebnis:      18 Stimmen dafür  
   0 Stimmen dagegen  
   0 Stimmenthaltungen

**8. Neufassung der Wettbürosteuersatzung**

Bürgermeister Marc Venten erläutert den Hintergrund der Neufassung. Aufgrund aktueller Rechtsprechung müsse die Bemessungsgrundlage geändert werden.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers ergänzt, dass nun eine erste Satzung einer gerichtlichen Überprüfung standgehalten habe und die Satzung der Stadt Korschenbroich nun entsprechend geändert werde.

## Beschluss-Nr. IX/1205

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich, die als Anlage beigefügte Neufassung der Wettbürosteuersatzung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:      18 Stimmen dafür  
   0 Stimmen dagegen  
   0 Stimmenthaltungen

### **9. Mitteilungen**

- a) Bürgermeister Marc Venten bittet um eine Terminverschiebung. Für die Einbringung des Haushaltes sei mit dem 10.10.2019 ein sehr früher Termin geplant gewesen. Nun zeige sich, dass dieser Termin zu früh sei. Es fehlten noch verschiedenen Daten. Zudem könne sich noch viel verändern, insbesondere die Kreisumlage. Daher sei nun für den 29.10.2019 anstelle der Sitzung am 10.10.2019 eine Ratssitzung geplant. Der Ausschuss für Kultur, Familie, Soziales und Senioren würde dann auf den 05.12.2019 verschoben. Dies sei bereits mit der Ausschussvorsitzenden Marlene Hülser abgesprochen. Da im Oktober haushalterisch noch viel passieren, könnten am 29.10.2019 belastbarere und derzeit noch fehlende Zahlen vorgelegt werden.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers ergänzt, dass sich die Situation derzeit auch personell schwierig gestalten. Auch aufgrund der Integration der Stadtpflege in den Haushalt liege man aktuell hinter dem Zeitplan.

Das Ausschussmitglied Peter Berger (CDU) erklärt, dass ihm eine sichere Grundlage lieber sei, als eine frühere Beratung.

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) erkundigt sich, ob sich dadurch weitere Terminänderungen ergeben, was Bürgermeister Marc Venten verneint.

Da er keine Gegenrede aus den Fraktionen erhält, teilt Bürgermeister Marc Venten mit, dass man die Sitzungen entsprechend umterminieren werden.

- b) Bürgermeister Marc Venten macht darauf aufmerksam, dass die Ausschussmitglieder bei vorzeitigem Verlassen der Sitzung, dies der Schriftführerin/dem Schriftführer anzuzeigen ist, da es sich sonst für diese/-n schwierig gestalten kann, das Verlassen und damit die richtigen Abstimmungsergebnisse zu erfassen. Zudem reiche es bei Vorliegen von Ausschlussgründen nicht aus, mit dem Stuhl vom Tisch abzurücken. Das befangene Mitglied müsse in öffentlicher Sitzung im Zuhörerbereich Platz nehmen und in nichtöffentlicher Sitzung den Sitzungsraum verlassen.

### **10. Anfragen von Ausschussmitgliedern**

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) erkundigt sich, ob Bürgerinnen und Bürger bereits Dienstleitungen digital in Anspruch nehmen können.

Der Leiter des Amtes für Organisation und Personal Markus Drohen erklärt, dass mit der neuen Homepage auch das Bürgerportal eingeführt worden sei. Terminlich sei man von der Projektplanung der ITK Rheinland abhängig. Das Standesamt könne bereits digital abgebildet werden. Die Umsetzung anderer digitaler Dienstleitungen erfolge schrittweise. Aktuell seien noch andere Städte vor Korschenbroich dran. Er sichert zu, einen Plan zum Stand der Umsetzung zur Niederschrift zu geben.

Die Übersicht der voraussichtlichen Planung/Konzeption des Bürgerportals ist dieser Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

Hiermit bestätige ich, dass diese digitale Ausfertigung der Niederschrift mit dem Original übereinstimmt.

gez.  
Marc Venten  
Bürgermeister